

Haushaltsrede 2013 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Gemeinderätin Ute Zedler

GR 18.12.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lorenz, verehrte Bürgerinnen und Bürger Dossenheims, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und der Verwaltung!

Es wird spannend. Der deutsche Staat hat 2012 dank der guten Entwicklung bei den Steuereinnahmen und der zunehmenden Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt erstmals seit 2007 wieder mehr Einnahmen als Ausgaben und der Bund wird 7 Mrd. weniger Schulden machen als erwartet. Die deutsche Wirtschaft zeigte sich überraschend robust und konnte durch den Export in

außereuropäische Länder die Absatzkrise in Europa umgehen. Damit übernehmen wir in Deutschland in der Eurozone eine Sonderstellung. Als eines der wirtschaftlich stärksten Mitglieder der EU werden wir uns weiterhin mit unserer Wirtschafts- und Finanzkraft für den Erhalt des Euros einzusetzen haben. Es ist davon auszugehen, dass die Unterstützung von existenziell gefährdeten Mitgliedsstaaten der EU nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, und der Bund

Länder und Gemeinden an seinen finanziellen Belastungen beteiligen wird. Welche Belastungen dadurch auf Deutschland und damit auch auf die Kommunen zukommen werden, ist ungewiss.

Um in der Zukunft handlungsfähig bleiben und Spielräume zur Gestaltung nutzen können, muss es unser politisches Ziel sein, eine solide und nachhaltige Finanzwirtschaft in der Gemeinde umzusetzen.

Die Anforderungen an die Kommunen und ihre Verwaltung entwickeln sich immer weiter: Steigende Einwohnerzahlen, eine ständig steigende Lebenserwartung, ein höherer Lebensstandard und wachsende Anforderungen an den Umweltschutz führen zu ständig wachsenden Aufgaben als auch Ausgaben der Kommunen.

Diese Aufgaben in Zahlen umgewandelt finden in der Haushaltswirtschaft ihren Niederschlag. Die Gemeindeordnung gibt hierfür vor: „Die Gemeinde hat ihre Aufgaben so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist...“ Darüber hinaus ist für die Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, die auf einem Investitionsprogramm aufbaut - je mehr Aufgaben eine Kommune hat, desto wichtiger wird die mittelfristige finanzielle Planung auf der Basis eines Investitionsprogramms, um zukünftige Aufgaben und damit die zukünftigen Ausgaben abschätzen zu können- insbesondere dann, wenn die Einnahmen als nicht verlässlich bezeichnet werden können.

Grundsätzlich lassen sich die Aufgaben, die in der Gemeinde umzusetzen sind mit freiwilligen und mit Pflichtaufgaben beschreiben.

Zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde zählen u.a. Schulen, Kinderbetreuung, Sozial- und Jugendhilfe, ÖPNV, Bauleitplanung, Straßenunterhaltung, Abfall- und Abwasserwirtschaft, Brandschutz, Denkmalschutz.

Als größte Positionen sind hier Kindergärten und Kleinkindbetreuung mit 1,3 Mio. €, die beiden Schulen mit Schülerbetreuung und Schulmensa mit 630T, die Straßen mit Beleuchtung und Straßenreinigung mit über 1,2 Mio. € und die Förderung des ÖPNV mit 350 T€ zu nennen.

Die freiwilligen Aufgaben stellt sich die Gemeinde selbst. Sie bilden das Herzstück der Kommunalpolitik, denn hier geht es um Lebensqualität. In unserer Gemeinde haben wir in hohem Maße freiwillige Aufgaben übernommen: Dazu gehören unsere Sporthallen und

Sportplätze, zwei Schwimmbäder, Parkanlagen und Spielplätze (1, 8 Mio€) Bücherei, VHS, Heimatmuseum und Kerwe (über 500 T€) sowie die Jugendarbeit und soziale Einrichtungen für ältere Bürger, wie die Unterstützung des Sozialzentrums Platanenweg, das Hanna- und Simeon Heim an der Neubergschule und die öffentliche Seniorenbegegnungsstätte mit über 350 T€. Noch nicht berücksichtigt sind hier Zuschüsse für weitere sonstige Förderungen von Kultur- und Sportvereinen und eine evtl. notwendige Kostenübernahme der Anlauffinanzierung des neuen Hanna und Simeon Heims im Lorsche Weg, in deren Betreiber-Gesellschaft die politische Gemeinde, die ev. Kirche und die Stadtmission vertreten sind. Zuwendungen könnten schnell in den 6-stelligen Bereich gehen.

Eine weitere freiwillige Leistung der Gemeinde ist die Zurverfügungstellung des Steinbruchs Leferenz für Freiluftveranstaltungen. In den Haushaltsberatungen wurden von den KollegInnen hierzu Anträge zur Ausstattung des Steinbruchs Leferenz für die Anschaffung von Toiletten und Stühlen gestellt. In den Haushaltsberatungen hat sich unsere Fraktion dafür eingesetzt, Planungen zur weiteren Entwicklung dieses attraktiven Geländes zu erstellen, um auch die Fragen der Sicherheit, Beleuchtung und die Abstellmöglichkeiten für die Möblierung mit einzubeziehen sowie die nutzungsbedingten Fragen in einer Satzung zu klären.

Die freiwilligen Leistungen sind für die Infrastruktur einer Gemeinde in der Größe Dossenheims von enormer Bedeutung, und wir wissen wie gut die Einrichtungen von der Bürgerschaft angenommen werden. Der Aufwand für die genannten Leistungen gehen mit über 2,6 Mio€ in den Haushalt ein – und es ist offensichtlich- je knapper das Geld wird, desto mehr werden gerade diese freiwilligen Leistungen in Frage gestellt.

Vergleichen wir die freiwilligen Leistungen mit den Pflichtaufgaben so wird erkennbar, welche Ausgabenhöhe die freiwilligen Aufgaben implizieren. Über diese Aufgaben hinaus sehen wir die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Wandel zu einer auch in Dossenheim alternden Bevölkerung aktiv mit zu begleiten. Hier gehen wir von zusätzlichen Anforderungen aus, die auf unsere Infrastruktur und die ehrenamtliche Arbeit zukommen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde ist geprägt von extrem hohen Investitionen. So sind in den Jahren 2012 bis 2015 alleine Baumaßnahmen in einer Höhe von 11,6 Mio€ eingestellt. Bei den Investitionen sind insbesondere zu nennen:

Der Teilumbau der Kurpfalzschule, die Hauptstraße, die Modernisierung des Hallenbades, die Umgestaltung der Mühlbrücke, die Ortsstraße in Schwabenheim und die Außengestaltung des Bahnhofsplatz.

Bei den Investitionen im Baubereich unterscheiden wir zwischen notwendigen und wünschenswerten Investitionen sowie Investitionen die wünschenswert sind und zeitlich verschoben werden können um ggf. erneut zu beraten.

In unseren Haushaltsanträgen haben wir uns im Verwaltungshaushalt dafür ausgesprochen, die vorgesehenen Mittel für das Rathaus in das Jahr 2014 zu verschieben, da es uns sinnvoller erscheint, die vielen geplanten Einzelmaßnahmen für 2013 und 2014 wie der Austausch von Fenstern in zwei Bauabschnitten, die Behebung von Feuchteschäden, Maßnahmen des Brandschutzes, neue Küche etc. in einer Gesamtmaßnahme zu realisieren um damit die einzelnen Maßnahmen effizienter umzusetzen. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Der zweite Antrag bezog sich auf die Ausgleichszahlungen für den Verlust des laufenden Betriebes nach Auflösung der Hanna und Simeon Heim GmbH an der Neubergschule. Diese Ausgleichszahlungen sollten aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen werden. Hintergrund für diese Forderung war, eine klare Abgrenzung der alten und der neuen GmbH umzusetzen. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Zugestimmt wurde auch dem Antrag, die Umgestaltung

der Mühlbrücke mit 300T€ in das Jahr 2016 zu verschieben.

Für die Außengestaltung Bahnhofplatz sind nach der Kostenschätzung des Architekturbüros 3,5Mio eingeplant. Bereits im Wettbewerbsverfahren haben wir uns für eine kostengünstigere Variante ausgesprochen, die u.E. städtebaulich genauso attraktiv gewesen wäre. Sollten die privaten Frei- und Parkflächen der Angrenzer der östlichen Seite nicht einbezogen werden können, würde der von der Mehrheit favorisierte Entwurf seine überzeugende Wirkung verlieren.

Wir vertreten die Meinung, die Außengestaltung Bahnhofplatz durchgängig in einem Bauabschnitt zu realisieren und die hierfür vorgesehenen Mittel von 3,5 auf 2 Mio. € zu kürzen. Dieser Antrag wurde ebenso wie der Antrag, die Neugestaltung der Ortsstraße in Schwabenheim mit einer veranschlagten Summe von 900 T€ in das Jahr 2016 zu verschieben, abgelehnt. Unsere Fraktion und der Ortsverband sehen die Notwendigkeit, sich bei unseren baulichen Aktivitäten zuerst auf einen Schwerpunkt zu konzentrieren- und das ist für uns das alte Ortszentrum. Hier haben wir mit der Hauptstraße angefangen und sollten unseres Erachtens dabei auch die Ideen der Studenten umsetzen, die eine klare Achse zwischen Bahnhofplatz, Rathausplatz, Kronenburger Hof und Mühlbrücke vorsehen. Die Infrastruktur am Rathausplatz und das Rathaus haben somit für uns Priorität vor der Ortsstraße in Schwabenheim – auch wenn die gesamte Baumaßnahme vom Land bezuschusst wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass die ambitionierten Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung zu einer Kreditaufnahme in 2014 und 2015 von über 4 Mio€ führen werden. Eine Kreditaufnahme für eine Gestaltungsmaßnahme Ortsstraße und für ein exklusives Konzept der Außengestaltung Bahnhofplatz, das in erster Linie durch die Bauaktivität eines Investors angeregt wurde, sehen wir nicht im Sinne unserer Bürgerschaft.

Die geplanten Kreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung zeigen auf, dass es nur noch wenig Spielraum gibt, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Die Einnahmen in Dossenheim resultieren im Wesentlichen aus der anteiligen Einkommensteuer unserer vergleichsweise gut verdienenden Bürger, den Schlüsselzuweisungen, sonstigen Zuweisungen, sowie der Gewerbe- und der Grundsteuer. Auch wenn die Einnahmen aus den kommunalen Steuern und Abgaben nicht unseren Haushalt sanieren können, dürfen wir sie dennoch nicht aus den Augen verlieren und immer wieder überprüfen.

Die Ausgangssituation für Dossenheim zeigt eine Verschuldung von 4,4 Mio. € im Kernhaushalt und 2,6 Mio. € im Nebenhaushalt des Eigenbetriebes Wasser – eine noch recht moderate Verschuldung im Landesvergleich. Dennoch lässt sich die gleichmäßige Erhöhung des Schuldenstands seit 1993 erkennen.

Immer mehr haben wir uns in der Gemeinde mit wirtschaftlichen Schwankungen auseinanderzusetzen. Dies zeigt sich insbesondere in der Investitionsrate, die für Investitionen und die Schuldentilgung zur Verfügung steht. Um diese Schwankungen vergleichbar zu machen, bietet es sich an, mit Durchschnittswerten der Vergangenheit zu rechnen. Nehmen wir die durchschnittliche Investitionsrate der letzten 10 Jahren in Höhe von 560T€ und ziehen von dieser die notwendigen Tilgungsleistungen ab, verbleiben der Gemeinde im Schnitt nur noch 350 T€ jährlich zur freien Verfügung. Diese freien Mittel reichen nicht aus, um unsere jetzige Infrastruktur aufrechtzuerhalten und neue Projekte zu realisieren und es stellt sich die Frage, wie die Finanzierung des Vermögenshaushaltes in der Zukunft aussehen kann. Da wir nach 2013 kein nennenswertes Vermögen mehr zum Verkauf haben, gibt es nur noch den Weg der Kreditaufnahme oder den Weg der Einschränkung von freiwilligen Leistungen! Der Haushalt 2013 wird trotz der hohen Investitionen in 2013 durch die Auflösung der Rücklagen und weiteren Verkäufen von Grundstücken ein ausgeglichenes Ergebnis ohne Kreditaufnahme ausweisen können. In den Folgejahren werden unsere Einnahmen (die ambitioniert positiv sind) sind für die im Investitionsplan vorgesehenen Investitionen nicht mehr

*ausreichen, und es werden Kredite in Höhe von 4 Mio. € notwendig.
Dies ohne Reserven für weitere notwendige Projekte, wie z.B. die Einrichtung einer
Ganztagesschule und den weiteren energetischen Sanierungen von Gebäuden im
Altbestand der Gemeinde, die auf der Prioritätenliste der Kliba stehen.*

*Wir sind der Meinung, wir sollten auch was die Schulden betrifft, global denken und lokal
handeln.*

*Die Nachhaltigkeit bezieht sich für B90/Die Grünen nicht nur auf den Natur- und
Umweltschutz, sondern auch auf die finanziellen Ressourcen. Wir wollen unseren Kindern
keine Schulden für nicht notwendige Gestaltungsmaßnahmen hinterlassen und setzen uns für
den Erhalt der freiwilligen Leistungen ein.*

*Die Fraktion B90/Die Grünen wird in diesem Jahr dem vorliegenden Haushaltsentwurf und der
mittelfristigen Finanzplanung 2012-2016 mit dem zugrunde liegenden
Investitionsprogramm nicht zustimmen.*